

ROT HEUTE

AUSGABE NR. 1 | FRÜHJAHR 2020

WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE



CORONA-PANDEMIE:

BREMEN HÄLT ABSTAND

SEITEN 4 & 5

THEMEN

SEITE 3:
UMWELT
Enquete-Kommission zu
Klimaschutzstrategien



SEITEN 6 & 7:
KAMPF GEGEN RECHTS
Kein Fußbreit den alten
und neuen Hetzern!



SEITE 8:
AKTUELLES
Aktionsplan für
Alleinerziehende



SEITE 9:
SOZIALES
Arbeitslosengeld II
überarbeiten!



INHALT

SEITE 03: KLIMASCHUTZ

Bürgerschaft setzt erstmals eine
Enquete-Kommission ein

SEITEN 04 & 05: CORONA

Pandemie versetzt Bremen
in den Krisenmodus

SEITEN 06 & 07:

KAMPF GEGEN RECHTS

Task Force und Verfassungsänderung:
Kein Fußbreit den Hetzern!

SEITE 08: AKTUELLES

Aktionsplan Alleinerziehende &
Beirat Plattdeutsch

SEITE 09: SOZIALES

Arbeitslosengeld II überarbeiten &
Verdienst betreuter Jugendlicher

SEITE 10: AKTUELLES

Verbesserungen beim
Landesmindestlohn &
Konzept für Teilhabe und Diversity

SEITE 11: ZU GAST IN DER FRAKTION

Mentoring-Programm für Frauen

SEITE 12: BAUPOLITIK

Mehr bezahlbarer Wohnraum und
mehr Einfluss bei der Stadtentwicklung

DIE SPD-FRAKTION ONLINE



WWW.SPD-FRAKTION-BREMEN.DE

GESUNDHEIT NORD BESSER KONTROLLIEREN

Der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) steckt in gravierenden finanziellen Schwierigkeiten. Auf 27,5 Millionen Euro belief sich das Defizit allein im Jahr 2019. Auch in diesem und im kommenden Jahr, so sieht es derzeit aus, wird die Geno finanzielle Unterstützung in zweistelliger Millionenhöhe brauchen. Sonst droht die Insolvenz. Das liegt auch an generellen Problemen bei der Finanzierung von Krankenhäusern, erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk. Doch stehe die Geno auch vor sehr spezifischen Problemen, die nun entschieden angegangen werden müssten.

GESUNDHEIT NORD KLINIKVERBUND BREMEN

Bundesweit, so betont Gottschalk, stünden Krankenhäuser vor finanziellen Problemen. Das hänge mit den Modalitäten der Finanzierung zusammen. Bis 2025 könnten 40 Prozent aller deutschen Kliniken insolvenzgefährdet sein. „Das müssen wir bei der Beurteilung der Lage natürlich berücksichtigen“, erklärt der Sozialdemokrat. „Fakt ist aber auch: Die Geno steht vor einigen spezifischen Problemen. Und diese Probleme müssen nun schnell und nachhaltig angegangen werden. Es darf nicht sein, dass Annahmen und Prognosen zur finanziellen Entwicklung nur ein gutes Jahr halten und es dann erneut zu massiven Finanzierungsbedarfen kommt.“

Für Gottschalk steht daher fest: „Die strukturellen Veränderungen des Klinikverbunds müssen von der neuen Geschäftsführung nun schnell und wirksam angegangen werden. Und wir als Parlament müssen die Entwicklung engmaschiger begleiten und überwachen. Es ist daher vollkommen richtig, dass der

Controllingausschuss der Bürgerschaft sich nun monatlich über bestimmte Kennzahlen berichten lässt und alle zwei Monate über die Fortschritte bei den strukturellen Maßnahmen sprechen wird. Das ist nach den Erfahrungen in den vergangenen Jahren nötig, und diese Aufgabe müssen wir sorgfältig und mit dem Blick in alle Richtungen angehen.“

Ute Reimers-Bruns, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, betont darüber hinaus die Bedeutung der vier Geno-Häuser in Mitte, Ost, Links der Weser und Nord. „Sie sind unerlässlich für die gute medizinische Versorgung Bremens und der Metropolregion“, sagt sie. „Wir wollen, dass die Kliniken eine medizinische Versorgung auf hohem Qualitätsniveau anbieten. Dafür muss die Geno liefern. Es braucht ein realistisches Konzept. Es muss enthalten, wie die finanziellen Probleme gelöst und die Einnahmesituation verbessert werden kann. Das wird nur gelingen, wenn es zu einer engeren Kooperation der Häuser kommt und bestimmte Angebote an einem der Standorte konzentriert werden.“

Finanzpolitiker Gottschalk mahnt dabei zur Eile. „Eines ist klar: Wir haben nicht mehr viel Zeit“, betont der Sozialdemokrat. „Wir müssen die Probleme der kommunalen Kliniken in dieser Legislaturperiode lösen. Sonst haben nicht nur die Geno-Standorte, sondern auch die anderen Krankenhäuser in Bremen ein Problem – und das kann niemand von uns wollen.“



Ute Reimers-Bruns



Arno Gottschalk



ERSTMALS ENQUETE-KOMMISSION IN BREMEN

Novum in Bremen: Die Bürgerschaft hat erstmals in ihrer Geschichte eine Enquete-Kommission eingesetzt. Dabei handelt es sich um ein parlamentarisches Gremium, das sich mit einem bestimmten Sachkomplex – in diesem Fall Klimaschutzstrategien für Bremen und Bremerhaven – auseinandersetzen soll, und dem neben Abgeordneten auch Sachverständige angehören.

Nach dem Beschluss des Parlaments wird sich die Enquete-Kommission mit einer „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ befassen. Ihr werden neun Abgeordnete – davon zwei aus der SPD-Fraktion – und ebenso viele stellvertretende parlamentarische Mitglieder angehören. Hinzu kommen neun Sachverständige, die Mitglieder der Kommission sein werden.

„Radikalität in der Zielbeschreibung haben wir genug“, zitierte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, in seiner Rede in der Bürgerchaftsdebatte anlässlich der Einsetzung des Ausschusses den Geschäftsführer der Deutschen Energie-Agentur. „Was fehlt, ist

die Konsequenz bei der Umsetzung – und Mut und Kreativität bei der Ausgestaltung der bestmöglichen Wege.“

Dazu könne die Kommission einen wichtigen Beitrag leisten. Bremen stehe vor großen Herausforderungen. „Wir haben uns sehr ambitionierte Ziele in der bremischen Klimapolitik gesetzt“, erklärte der Sozialdemokrat. „Aber das haben wir schon einmal getan: Bis 2020 wollten wir eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 Prozent erreichen. Dieses Ziel haben wir deutlich verfehlt – und das darf uns nicht noch einmal passieren.“ Die Aufgabe der Enquete-Kommission müsse daher auf die Praxis ausgerichtet sein. Ziel sei, bestmögli-

che Wege aufzuzeigen und zu beschreiben, wie diese ausgestaltet werden könnten, betonte Gottschalk.

Und auch Carsten Sieling, Obmann der SPD-Fraktion und stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission, betont: „Für uns als SPD wird es dabei vor allem darauf ankommen, wirkungsvolle und gleichfalls leistbare Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Soziale Ausgewogenheit wird dabei heißen, dass starke Schultern mehr werden tragen müssen. Auch deshalb freue ich mich, dass wir zwei Frauen als Expertinnen in das Gremium entsenden, denen diese Sicht am Herzen liegt.“

DIE MITGLIEDER DER SPD-FRAKTION IN DER KOMMISSION



Carsten Sieling



Janina Brünjes



Arno Gottschalk



Ute Reimers-Bruns



Prof. Dr. Jutta Günther



Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

Die SPD-Fraktion hat Carsten Sieling als Obmann und Janina Brünjes als ordentliches Mitglied in die Enquete-Kommission entsandt. Ihre Stellvertreter sind Arno Gottschalk und Ute Reimers-Bruns. Als Sachverständige konnte sie Prof. Dr. Jutta Günther und Dipl.-Ing. Cornelia Rösler gewinnen. Günthers fachliche Schwerpunkte liegen in den Feldern der Struktur- und

Innovationsökonomik, im Strukturwandel sowie der angewandten Wirtschaftsforschung und Klimagerechtigkeit. Energie- und Umweltexpertin Cornelia Rösler ist seit 2009 Leiterin des Bereichs Umwelt am Deutschen Institut für Urbanistik. Rösler ist spezialisiert auf kommunalen Umweltschutz, Klimaschutz und Energieeffizienz und Umweltplanung.

BREMENS PERSPEKTIVEN IN ZEITEN VON CORONA-PANDEMIE UND LOCKDOWN – DIE UNSICHTBARE GEFAHR

Weltweit herrscht Ausnahmezustand. Maßnahmen zur Eindämmung der grassierenden Coronavirus-Pandemie bringen harte Einschnitte für Wirtschaft und Gesellschaft mit sich. Auch das Land Bremen schaltet angesichts der rasanten Ausbreitung der neuartigen Lungenkrankheit in den Krisenmodus. In einer Regierungserklärung richtete sich Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte am 25. März an das Parlament und verteidigte die strikten Schutzmaßnahmen. SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör appellierte an den Zusammenhalt in der Bevölkerung.

„Wir leben gerade in außergewöhnlichen Zeiten“, sagte Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament anlässlich der aktuellen Coronavirus-Pandemie. „Feststehende Gewissheiten werden mit

atemberaubender Geschwindigkeit erschüttert, was gestern noch als unumstößlich galt, hat heute schon keinen Bestand mehr. Ich habe noch nie in meinem Leben eine so dramatische und rasante Veränderung der Wirklichkeit mitgemacht.“

Seit Ende 2019 breitet sich das neuartige Virus massiv aus. An der schweren Lungenkrankheit SARS-CoV-2 (COVID 19), die in Asien ihren Ursprung nahm, sind weltweit inzwischen Hunderttausende erkrankt. Auch vor Deutschland und auch vor dem Land Bremen macht das Virus nicht halt. Immer mehr Menschen infizieren sich mit dem Virus, und auch hier sind Todesopfer zu beklagen. Rasche Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit waren bundesweit die notwendige Folge, um dramatischen Infektionsketten wie in Italien entgegenzuwirken. Bundesweit, auch in Bremen und Bremerhaven, laufen Schulen und Kitas im

Notbetrieb, Universitäten sind geschlossen, Veranstaltungen abgesagt. Bovenschulte: „Das öffentliche Leben ist bis auf ein Minimum heruntergefahren.“ Das Land Bremen schaltet in den Krisenmodus – weil es sein muss.

„Wir leben seit Tagen in einem Ausnahmezustand. Das öffentliche Leben steht plötzlich still. Läden sind geschlossen. Menschen treffen sich nicht mehr, berühren sich nicht mehr, halten Abstand. Sie verlassen ihr Zuhause nur, um das Nötigste zu erledigen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör. „Zudem wird uns nun eindrücklich vor Augen geführt, welche Infrastruktur in Krisenzeiten wirklich relevant ist. Und wie wichtig und überlebensnotwendig ein gut ausgestatteter Gesundheitssektor ist.“

In Zeiten des gesellschaftlichen Herunterfahrens beeindruckte ihn besonders, wie aufopferungsvoll sich viele Menschen zum Wohl anderer verhalten, sagte Güngör. „Sie arbeiten Tag und Nacht, gehen trotz erhöhten Infektionsrisikos zur Arbeit, machen Überstunden, damit wir alle im Notfall in den Krankenhäusern versorgt werden können oder damit im Lebensmittelhandel genügend Waren in den Regalen stehen. Vielen herzlichen Dank für diese aufopferungsvolle Leistung!“

Allerdings soll es Güngör zufolge nicht bei diesem einfachen Dank bleiben: „Dieser Ausnahmezustand hat uns drastisch vor Augen geführt, wer unsere Gesellschaft zusammenhält – und das spiegelt sich überhaupt nicht im Gehalt wider. Sie sind die Helden der gegenwärtigen Situation und das sollte entsprechend honoriert werden. Einen Fachkräftemangel können wir uns in solch wichtigen Bereichen wie im Gesundheitssektor nicht leisten. Das heißt auch konkret: Mehr Lohn für all diejenigen, die Tag für Tag hart arbeiten, damit unsere Gesellschaft unter dieser Last nicht zusammenbricht.“

Neben den gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise thematisierte SPD-Politiker Güngör insbesondere die drastischen wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich bereits bemerkbar machen. „Beinahe alle Läden im Nonfood-Bereich mussten schließen, Restaurants und Lokale dürfen nicht mehr öffnen, die Produktion und der Vertrieb fallen stellenweise aus, weil ganze Belegschaften nicht mehr arbeiten können. Diese Wirtschaftskrise wird voraussichtlich alle treffen: Kleine Einzelhändler, Dienstleister, Solo-Selbstständige, Kulturschaffende, Freelancer, mittelständische Betriebe und multinationale Unternehmen. Welche langfristigen Folgen das haben wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch bei Weitem

nicht absehbar – aber, dass uns schwierige Zeiten bevorstehen werden, ist allen klar.“

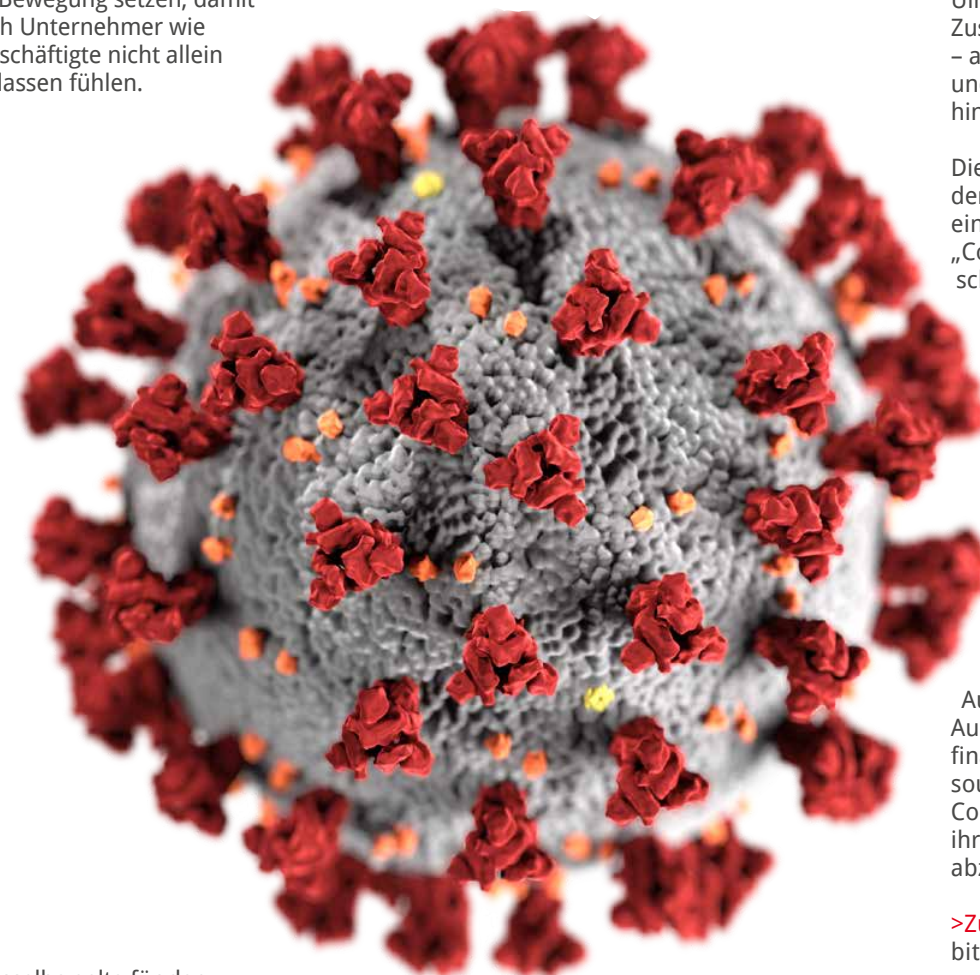
Umso erfreulicher ist es laut Güngör deshalb, dass die Schuldenbremse des Bundes gelockert wurde und der Bund, allen voran die beiden sozialdemokratischen Minister Hubertus Heil und Olaf Scholz, mit der Neuregelung des Kurzarbeitergeldes alles in Bewegung setzen, damit sich Unternehmer wie Beschäftigte nicht allein gelassen fühlen.

werb als politische Profilierungsstrategie ist absolut unangebracht. Klar ist für uns: Wir in Bremen haben die Lage von Anfang an überaus ernst genommen und konsequente Maßnahmen ergriffen. Die Einigung zwischen Bund und Ländern zu Ausgangsbeschränkungen hat den Bremer Weg bestätigt. Der Senat handelte seit Beginn der Krise entschieden und besonnen.

Ich bin mir sicher, dass es ein Bremen vor und ein Bremen nach dem Virus gibt, dass Altbekanntes möglicherweise verschwunden sein wird und dafür mühsam Neues entstehen muss. Die Sofortmaßnahmen von Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt für kleine Betriebe, Freiberufler und Solo-Selbstständige, das entschiedene aber ausgewogene Agieren von Innensenator Ulrich Mäurer und das Bündeln und Zusammenhalten des gesamten Senats – all das macht Hoffnung, dass Bremen und Bremerhaven gut durch diese Krise hindurch kommen werden.“

Die Bürgerschaft verabschiedete zudem den von SPD, Grünen und Linken eingebrachten Dringlichkeitsantrag „Corona-Pandemie: Gemeinsam und entschlossen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven handeln“. Geschlossen sprachen die Parteien allen im medizinisch-pflegerischen Bereich, in den Sicherheitsorganen, in den Hilfsorganisationen und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den beteiligten Ämtern und Behörden Beschäftigten ihren Dank und ihre Anerkennung für die enorme Leistungsbereitschaft aus. Ausdrücklich begrüßt wurden darin unter anderem das freiwillige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und die sozial gestaffelte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. Auch eine Aufstockung notwendiger finanzieller Mittel und personeller Ressourcen ist demnach vorgesehen, um die Corona-Krise wirksam zu bekämpfen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Härten abzufedern.

>Zum Antrag:
bit.ly/corona_bremen



Wikimedia/CC0/Alissa Eckert, MS; Dan Higgins, MMS

Dasselbe gelte für den Bildungsbereich. Welche Folgen wochenlanger Unterrichtsausfall für die Schülerinnen und Schüler, insbesondere für diejenigen aus benachteiligten Familien, haben wird, lasse sich heute noch nicht sagen. „Fest steht aber: Die Unterschiede beim Homeschooling sind groß und die Folgen für die jeweiligen Schülerinnen und Schüler können durchaus gravierend sein. Deshalb müssen wir alle schulischen Anstrengungen unternehmen, damit die Verlierer dieser Ausnahmesituation nicht genau die Kinder sind, die es ohnehin schon schwer haben“, sagte Güngör.

An den Senat und allen voran an den Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Andreas Bovenschulte, adressierte Güngör ein Lob. „In der Krise, wenn alle Ordnung erodiert, suchen die Menschen Orientierung, Halt und Stabilität. Ein maßnahmenbezogener Überbietungswettbe-

WARUM DIE BÜRGERSCHAFT TROTZDEM TAGEN MUSS

Bitte bleiben Sie zu Hause, wenn Sie können. Verlassen Sie Ihr Zuhause nur, um das Allernötigste zu erledigen – oft habe ich, genau wie viele meiner politischen Kolleginnen und Kollegen, diesen Appell in den vergangenen Tagen formuliert. Da mag es widersprüchlich erscheinen, wenn die Bremische Bürgerschaft mitten in der Krise zu einer Sitzungswoche zusammenkommt. Aber ich bin überzeugt, es ist gerade in diesen Zeiten ein wichtiges Signal, dass die Herzkammer der Demokratie nicht aufhört zu schlagen, sondern deutlich macht: Wir wollen unseren Teil beitragen, damit das politische und gesellschaftliche System weiterhin funktioniert.

Wir haben mit der Annahme des Mandates in die Bremische Bürgerschaft Verantwortung übernommen – Verantwortung für die in Bremen und Bremerhaven lebenden Menschen. Für die Ärztinnen und Ärzte, für die Pflegekräfte, für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Verkäuferinnen und Verkäufer, die trotz hoher Ansteckungsrisiken weiterhin Tag für Tag arbeiten gehen und sich für ihre Mitmenschen aufopfern. Dieser Verantwortung müssen wir gerade in Krisenzeiten besonders nachkommen.

Ich finde es richtig, dass der Senat seine Politik in der Krise öffentlich erklärt und verantwortet, auch wenn ich finde, dass er schnell, entschieden und gleichzeitig ausgewogen und besonnen handelt. Das Parlament muss seiner verfas-



Mustafa Güngör

sungsmäßigen Aufgabe der Kontrolle über die Regierung nachkommen. Es ist für unser demokratisches Gemeinwesen – auch oder gerade in Zeiten wie diesen – von besonderer Bedeutung, dass Parlament und Regierung miteinander streiten und die geplanten kurz- und längerfristigen Maßnahmen diskutieren und abwägen können, um den für die in Bremen und Bremerhaven lebenden Bürgerinnen und Bürger besten Weg zu bestimmen.

Und doch möchten wir als gutes Vorbild vorangehen: Als Fraktionsvorsitzender habe ich mich dafür eingesetzt, dass diejenigen Abgeordneten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen möchten, die möglicherweise selbst in die Risikogruppe fallen oder Angehörige haben, für die das zutrifft, auch nicht kommen müssen. Gesundheit geht immer vor. Das gilt für die Abgeordneten wie für alle anderen auch. Mein besonderer Dank gilt hierbei allen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien. Sie haben zuvor zugesagt, dass der durch diese besondere Situation bedingte Abgeordnetenausfall keinen Einfluss auf die Mehrheitsverhältnisse hat.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!



Zu Beginn der Bürgerschaftssitzung, die am 25. März in der Messehalle 7 stattfand, um einen größeren Sitzabstand zu gewährleisten, zollten die Abgeordneten all denjenigen Respekt, die derzeit im Gesundheitsbereich, in Supermärkten oder in der öffentlichen Daseinsvorsorge Großartiges leisten.
Foto: Bremische Bürgerschaft

TASK FORCE GEGEN RECHTS



Kevin Lenkeit

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, begrüßt, dass Innenminister Ulrich Mäurer gezielt gegen Rechtsextremismus vorgehen will. Eingerichtet werden sollen demnach eine Son-

derkommission „Rechtsextremismus“ in Kooperation mit dem Landeskriminalamt, eine „Analyseeinheit Hass und Hetze“ in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Verfassungsschutz sowie eine behördenübergreifende „Task Force rechten Terror in Bremen verhindern“.

„Das ist die richtige Reaktion auf drei furchtbare, rassistisch motivierte Terroranschläge allein in den vergangenen neun Monaten“, sagt der Sozialdemokrat. „Wir müssen gewappnet sein, um Gefahren für die Bürgerinnen und Bürger auf allen zuständigen Ebenen schneller zu identifizieren und abzuwenden.“

Lenkeit: „Insgesamt werden uns die Maßnahmen dabei helfen, konsequenter gegen Rechtsextremisten vorzugehen. Und konkret werden sie dazu beitragen, dass die Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit effektiver wird. Polizeibekannte Rechtsextreme, Reichsbürger oder rechte Gefährder können nun gezielter beobachtet werden. Die behördenübergreifende Task Force, in der neben der Polizei auch beispielsweise das Ordnungsamt mitwirkt, hat das Ziel, potenzielle Täter frühzeitig ausfindig zu machen.“ Auch für die AfD solle das neue Maßnahmenpaket gegen den Rechtsextremismus Folgen haben. Lenkeit: „Schließlich ist die AfD der parlamentarische Arm des Rechtsterrorismus in Deutschland – auch in Bremen. Deshalb ist es sinnvoll, alle Entwicklungen in diesem Spektrum genau im Auge zu behalten – insofern halte ich es für absolut richtig, dass der ‚Flügel‘ der AfD nun vom Verfassungsschutz zum Beobachtungsfall erklärt worden ist. Die Maskerade ist vorbei, jetzt heißt es beobachten und verbieten!“



RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN – KEIN FUSSBREIT DEN ALTEN UND NEUEN HETZERN!

Der rechtsterroristische Anschlag in Hanau ist das jüngste Beispiel, aber es ist leider nicht das einzige. In Halle starben zwei Menschen. Ein Anschlagversuch auf eine Synagoge scheiterte nur an einer stabilen Holztür. Kassels Regierungspräsident Walter Lübcke wurde mutmaßlich von einem Rechtsextremen erschossen. Es sind keine einzelnen Taten. Und es sind keine einzelnen Täter. Dahinter steckt ein rechtsextremes System. Und gegen dieses System gilt es zu kämpfen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör, bekräftigt: „Es ist Zeit, dass sich alle Demokratinnen und Demokraten entschieden erheben, mit einer Stimme sprechen und gemeinsam immer wieder die unmissverständliche Botschaft an die Gesellschaft richten: Nie wieder!“



Schweigeminute im Parlament: Zu Beginn der Landtagssitzung im Februar gedachten die Abgeordneten der Bürgerschaft der Opfer des rechtsextremen Anschlags in Hanau in einer Schweigeminute.

Foto: Bremische Bürgerschaft



Mustafa Güngör

„Dieser terroristische Anschlag ist ein Anschlag auf uns alle!“ Diesen Satz liest und hört man immer wieder, wenn es zu einem rechtsextremen Anschlag kommt. So war es auch im Februar in Hanau, als ein Attentäter zehn Menschen

erschoss. Und in Halle an der Saale, als im vergangenen Oktober ein Mann bewaffnet in die Synagoge eindringen und möglichst viele Menschen erschießen wollte. Als das nicht gelang, erschoss er eine Passantin und einen Gast in einem Dönerimbiss.

„Dieser Satz ist häufig kritisiert worden“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör. „Und es ist ein Satz, der auch bei mir zu nächst Irritation hervorrief, der aber nichtsdestotrotz viel Wahrheit enthält.“ Denn die Täter von Hanau und Halle hätten sich ihre Opfer nicht zufällig ausgesucht. „Die Opfer sind Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit nicht-christlichem Glauben, Minderheiten – es sind Menschen, die aus Tätersicht nicht in dieses Land und zurück in ihre vermeintliche Heimat gehören oder

sogar, wie der Attentäter von Hanau schreibt, komplett vernichtet werden sollen“, erklärt der Sozialdemokrat. Und auch die Orte seien nicht zufällig gewählt worden. „In Halle war es eine Synagoge. In Hanau ein Shisha-Café – in vielen Städten einer der wenigen Orte, an dem sich junge Menschen mit türkischem, kurdischem oder arabischem Hintergrund

„Wir wollen den schändlichen Rechtsextremismus bekämpfen. Deshalb sind wir alle weiterhin gefordert, dagegenzuhalten. Täglich! Widersprechen! Streiten! Nichts einfach so und unwidersprochen stehen lassen! Kein Fußbreit den alten und neuen Hetzern!“

Mustafa Güngör

treffen können, wenn sie unter Freundinnen und Freunden sein wollen und nicht an der Tür abgewiesen werden.“

Güngör: „Entsprechend ist das kein Anschlag auf uns alle – sondern ein Anschlag auf bestimmte Minderheiten. Nicht fremdenfeindlich, denn die Opfer waren keine Fremden. Sie sind hier geboren, sind hier aufgewachsen. Dieser Anschlag war einzig und allein rassistisch. Und Rassismus muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.“

Wenngleich möglicherweise niemand von seiner Absicht gewusst habe, sei der Täter von Hanau kein Einzeltäter gewesen,

erklärt der Sozialdemokrat. „Er wählte eine noch schlummernde, aber anwachsende Mehrheit hinter sich“, so Güngör, „er war Teil eines rechtsextremen Systems! Und das muss die entscheidende Grundlage für das Vorgehen unserer Sicherheitsbehörden sein!“

„Wir wollen den schändlichen Rechtsextremismus bekämpfen. Deshalb sind wir alle weiterhin gefordert, dagegenzuhalten. Täglich! Widersprechen! Streiten! Nichts einfach so und unwidersprochen stehen lassen! Kein Fußbreit den alten und neuen Hetzern!“

Mustafa Güngör

Wie groß dieses System ist, trete erst langsam in das Scheinwerferlicht der öffentlichen Wahrnehmung. „Erst allmählich wird bekannt, wie groß das rechtsextreme Problem in Deutschland ist. Wie groß die Sicherheitslücken sind. Wie groß das Problem auch an den sensibelsten Stellen ist. Wegschauen und hoffen, dass das glimpflich ausgeht, ist keine Option“, sagt Güngör – und verweist dazu auch auf die „Gruppe S.“, die Waffen gelagert hatte mit dem Ziel, Moscheen zu stürmen und so viele Muslime wie möglich zu töten. Er erinnert an die Attentate auf Walter Lübcke in Kassel, Henriette Reker in Köln und Andreas Hollstein in Altena. Und er berichtet, dass man täglich

von Lokalpolitikern höre, die sich nicht mehr trauten, sich öffentlich zu äußern. „Weil sie eingeschüchtert werden und Angst um sich und ihre Familien haben. Genau das ist das Ziel der Rechten: Sie können wüten und töten, während diejenigen, die sich auflehnen sollten, die widersprechen könnten, aus Angst schweigen“, so Güngör.

„Deswegen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende, „treffen diese Anschläge vielleicht einzelne Personen, aber gerichtet waren sie gegen uns alle. Sie haben unsere gesamte Gesellschaft zum Ziel, sollen sie bis ins Mark erschüttern. Die unabänderliche Kernstruktur unseres Gemeinwesens, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.“

Für Güngör steht deshalb fest: „Wir wollen den schändlichen Rechtsextremismus bekämpfen. Deshalb sind wir alle weiterhin gefordert, hier dagegenzuhalten. Täglich! Widersprechen! Streiten! Nichts einfach so und unwidersprochen stehen lassen! Kein Fußbreit den alten und neuen Hetzern! Es ist Zeit, dass sich alle Demokratinnen und Demokraten entschieden erheben, mit einer Stimme sprechen und gemeinsam immer wieder die unmissverständliche Botschaft an die Gesellschaft richten: Nie wieder!“

ANTIFASCHISMUS IN DIE VERFASSUNG



Sascha Aulepp

Schon die ersten Sätze der Bremischen Landesverfassung machen es deutlich. Dort steht: „Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Missachtung der persönlichen

Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.“

„Die Verfassungsgeberinnen und Verfassungsgeber bekannten sich damit glasklar zur Menschenwürde, zur persönlichen Freiheit und zur sozialen Gerechtigkeit als Voraussetzung dafür, das Versprechen ‚Nie wieder Faschismus‘ einlösen zu können“, sagt Sascha Aulepp, Sprecherin für Justiz und Recht der SPD-Fraktion. „Dieser antifaschistische Geist unserer Verfassung ist heute, in Zeiten des aufkeimenden Faschismus und menschenverachtender Anschläge und Amoktaten wichtiger denn je. Rechte Gesinnung reicht bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft, rechtsextreme Parolen sind salonfähig geworden, und rechtsextreme Rhetorik ist die geistige Saat für rechtsextreme, rassistische, antisemitische und islamfeindliche Gewalttaten.“

Für Aulepp steht daher fest: „Es ist mehr notwendig als ein klares Bekenntnis in der Verfassung. Notwendig ist die Verantwortung der gesamten staatlichen Gewalt und jedes Einzelnen dafür, miteinander zu leben und nicht gegeneinander. Deshalb ist es an der Zeit, diese Pflicht, das Wiedererstarken von Nationalsozialismus und Faschismus zu verhindern, als Ziel in der Verfassung zu verankern. Das ist ein wichtiges Zeichen und normiert die antifaschistische Haltung rechtsgültig.“ Die SPD-Fraktion hat daher vorgeschlagen, wie in Sachsen einen Passus in die Bremische Landesverfassung einzufügen. Er soll lauten: „Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen und faschistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Hetze nicht zuzulassen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jeder und jedes Einzelnen.“

ALLEINERZIEHENDE BESSER UNTERSTÜTZEN!

Alleinerziehende sollen in Bremen und Bremerhaven besser unterstützt werden. Dazu wird der Senat auf Initiative der rot-grün-roten Koalitionsfraktionen nun einen Aktionsplan erarbeiten, der Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern vorsieht und von einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe koordiniert werden soll.

„Alleinerziehend zu sein, ist schon lange kein Randgruppen-Phänomen mehr“, sagt die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst. Sie verweist auf Zahlen der Arbeitnehmerkammer, denen zufolge die Alleinerziehendenquote in Bremen bei 23 Prozent liegt. „Das ist eine Realität, der die Politik Rechnung tragen muss – und als Koalition tragen wir ihr mit unserem Aktionsplan noch stärker als bisher Rechnung.“

Der Aktionsplan soll vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Arbeitsmarkt, Ausbildung und Bürokratieabbau bei Behördengängen ansetzen. So sollen Alleinerziehende etwa bei Angeboten des Jobcenters und der Arbeitsagentur stärker berücksichtigt, spezielle Beratungsangebote ausgebaut und ein Arbeitsmarktprogramm aufgelegt werden.



„Wir wollen Alleinerziehenden aus der Armutsfalle helfen“, erklärt Petra Krümpfer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion. „Und wenn wir mehr Angebote der Qualifizierung und Ausbildung sowie Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollen, dann brauchen wir auch eine gute Kinderbetreuung.“

Dafür sollen in dieser Legislaturperiode die Plätze in der Kinderbetreuung weiter massiv ausgebaut werden, betont Krümpfer. „Wir wollen 3.000 neue Plätze für Kinder im Krippen- und Elementarbereich in der Stadtgemeinde Bremen schaffen und hierbei auch wieder verstärkt in die Quartiere schauen, in denen

die Versorgungsquote hinterherhinkt. Denn gerade auch dort leben viele Alleinerziehende, um die wir uns kümmern wollen.“ Angebote, von denen auch und insbesondere Alleinerziehende profitieren könnten und die im Aktionsplan vorgesehen seien, sind ein Modellprojekt für eine 24-Stunden-Kita und die Ausweitung der Kita-Randzeiten in möglichst einer Einrichtung pro Stadtteil. „So haben Alleinerziehende und Familien die Möglichkeit, bei der Arbeitsaufnahme auf entsprechende Arbeitsbedingungen einzugehen. Dies bedeutet: Arbeitswege, Arbeitszeiten und Ausbildungszeiten können stressfreier und flexibler von den Betroffenen gehandhabt werden“, so Krümpfer.

Gönül Bredehorst ergänzt, dass der Aktionsplan auch aus gleichstellungspolitischer Sicht wichtig sei – denn etwa 90 Prozent der Alleinerziehenden seien Frauen. Bredehorst: „Politik für Alleinerziehende zu machen bedeutet also auch gute Politik für Frauen zu machen. Und der Aktionsplan geht auf die verschiedenen Lebensbereiche ein, die Frauen die gleichen Chancen auf ein gutes Leben ermöglichen.“



Gönül Bredehorst

Petra Krümpfer

> Aktionsplan „Alleinerziehende“ auflegen
http://bit.ly/alleinerziehende_hb

LINDA WARNKEN: FÖR DE SPD IN'N BIRAAT PLATT

Linda Warnken ist für die SPD-Fraktion neues Mitglied des Beirates für Niederdeutsch. Die Seehausenerin wurde im Oktober 2019 von der Fraktion bestätigt und nahm Anfang Dezember an der Konstituierung

des Beirates teil. „Für mich ist Plattdeutsch Identität und Verbindung“, erzählt Warnken, die dem Beirat schon vorher angehörte. Als Mitglied vom Runnen Disch Plattdütsch begleitete sie dessen Arbeit seit seiner Gründung.



Linda Warnken

Das Ziel ihrer Arbeit im Beirat ist klar. „Meine Priorität liegt hier ganz klar auf der Bildung. Ich will mich für eine Ausweitung und Fortführung des Plattdeutschunterrichts an Bremer Schulen stark machen“, berichtet Warnken. Bislang wird an fünf Grundschulen des Landes Bremen, eine davon in Bremerhaven, Plattdeutsch als Fach angeboten. Seit mehreren Jahren leitet Warnken an einer dieser Schulen eine Plattdeutsch-AG. „Leider endet der Unterricht aktuell nach der vierten Klasse.“ Der im Februar 2019 verstorbene Bürgerchaftspräsident gewann sie schließlich für die Arbeit im Beirat. „Christian Weber war ein Mäzen, was Niederdeutsch anging. Durch ihn bin ich erst zu meiner Arbeit im Beirat Niederdeutsch gekommen.“

Politik macht die Sozialdemokratin allerdings schon länger. Als Abgeordnete saß sie beispielsweise mehr als 16 Jahre lang in der Umweltdeputation. „Als Seehausenerin liegt das nahe, schließlich sind das Stahlwerk oder die Kläranlage Themen, die uns sehr betreffen.“ Auch bei der Erschließung Seehausens als Wohngebiet oder der Tunnelplanung wirkte sie mit. Doch ihr Herz schlägt für das Niederdeutsche. Die Sprache als Kulturgut erhalten und weitergeben, sagt sie, sei ihr sehr wichtig. „Platt wird hauptsächlich von älteren Leuten gesprochen. Viele jüngere und junge Erwachsene verstehen zwar Plattdeutsch, weil sie es von ihren Eltern oder Großeltern kennen. Doch sprechen sie es viel zu selten“, so Warnken.



CHANCEN STATT SANKTIONEN – ARBEITSLOSENGELD II ÜBERARBEITEN!

Das Arbeitslosengeld II soll grundsätzlich überarbeitet werden. Das ist das Ziel eines Antrags, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit Grünen und Linken in die Bürgerschaft eingebracht hat. „Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein klarer Auftrag: Das Arbeitslosengeld II muss dringend weiterentwickelt werden“, sagt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer: „Für uns steht fest: Niemand darf durch Sanktionen unter das Existenzminimum rutschen!“

Das Urteil des Verfassungsgerichtes Anfang November war eindeutig: Wenn Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld (ALG) II ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, also zum Beispiel eine Stelle nicht antreten oder an einer Qualifizierungsmaßnahme nicht teilnehmen, dann sind Sanktionen grundsätzlich zulässig. Allerdings dürfen diese 30 Prozent des Regelsatzes nicht übersteigen. Und auch die Pflicht zur Sanktion und die starre Dauer von drei Monaten hielten die Karlsruher Richter für nicht zulässig.

„Dieses Urteil muss und wird nun Folgen haben, und hier ist der Bundesgesetzgeber gefordert“, sagt Birgitt Pfeiffer. „Wir sollten bei dieser Gelegenheit aber nicht bloß das



Birgitt Pfeiffer

Karlsruher Urteil in Gesetzesform bringen. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, um das ALG II grundsätzlich zu überarbeiten. Als SozialdemokratInnen sprechen wir uns schon länger dafür aus, „Hartz IV“ zu

überwinden und zu neuen Regelungen zu kommen. Dazu bietet sich jetzt die Chance, da die Regelungen ohnehin überarbeitet werden müssen.“

SPD, Grüne und Linke haben dazu einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, um ihre Position in dieser Diskussion deutlich zu machen. So soll der Senat sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Existenzminimum – und damit auch die Unterkunftskosten – nicht gekürzt werden. Zudem sollen keine Sanktionen bei Bedarfsgemeinschaften mit Kindern verhängt, die verschärften Sanktionen für junge Menschen unter 25 Jahren abgeschafft und Freiwilligkeit bei der Teilnahme an Maßnahmen vorausgesetzt werden.

„Nötig ist ein grundsätzlich anderer Ansatz beim ALG II“, sagt Pfeiffer. „Einerseits muss es den Menschen ein würdevolles und bedarfsgerechtes Existenzminimum garantieren – und vom Minimum dessen, was man zum Leben braucht, kann man nichts abziehen. Andererseits muss wieder das eigentliche Ziel in den Vordergrund rücken: den Menschen zu helfen, eine Arbeit zu finden und ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern.“

Dazu sei es wichtig, den sozialen Arbeitsmarkt auszubauen. Erste Schritte seien hier mit dem Teilhabechancengesetz getan worden, so Pfeiffer. „Aber zweifellos muss insbesondere der Bund noch mehr investieren, um Menschen in Arbeit zu bringen und ihnen eine Perspektive zu bieten.“

Entschieden wendet Pfeiffer sich außerdem gegen den Vorschlag einiger Arbeitsminister CDU-geführter Bundesländer, auch weiterhin Sanktionen jenseits der 30, und teilweise sogar bis zu 100 Prozent zu ermöglichen. „Eine Auslegung des Verfassungsgerichtsurteils würde ein solches Vorgehen wohl zulassen – aber aus Sicht der SPD-Fraktion ist dies definitiv kein gangbarer Weg und nicht die Konsequenz, die wir aus dem Urteil ziehen sollten. Aus unserer Sicht – und die SPD auf Landes- sowie auf Bundesebene hat entsprechende Beschlüsse gefasst – kann es nur eine Konsequenz geben: Eine Neufassung des ALG II, bei der Kürzungen von mehr als 30 Prozent klar ausgeschlossen werden!“

> Antrag: Arbeitslosengeld II grundsätzlich überarbeiten!
bit.ly/alg2_ueberarbeiten

VERDIENST VON BETREUTEN JUGENDLICHEN VERBESSERN!

Ein Ausbildungsplatz – und dann das erste selbstverdiente Geld: Das ist ein besonderer Moment. Und es ist ein Schritt in die Selbstständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit. Für Jugendliche, die in einer betreuten Wohneinrichtung oder bei Pflegeeltern leben, gilt das aber nur bedingt. Denn sie müssen laut Gesetz bis zu 75 Prozent ihrer Ausbildungsvergütung an den Staat zahlen. Die Bürgerschaft hat auf Initiative von SPD, Grünen und Linken beschlossen: Dieser Betrag soll deutlich sinken. So soll der Senat sich auf Bundesebene im Rahmen einer ohnehin anstehenden Reform des entsprechenden Sozialgesetzbuches dafür einsetzen, dass die Kostenheranziehung auf 25 Prozent gesenkt wird. Zum anderen sollen in Bremen die Ermessensspielräume, die der Gesetzgeber auch jetzt schon einräumt, stärker genutzt werden – etwa über sorgfältige Einzelfallprüfungen.

„Wir wollen, dass Jugendliche in ein selbstständiges Leben finden“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer. „Wir wollen, dass sie unabhängig von öffentlichen Leistungen ihren Lebensunterhalt bestreiten, und dafür braucht es eine Berufsausbildung. Die Jugendlichen, über die wir heute sprechen, haben schwierige Startbedingungen, sie können eben nicht auf Eltern zurückgreifen, die sie ideell, finanziell oder auch ganz lebenspraktisch unterstützen. Daher belastet diese gesetzliche Regelung Jugendliche über Gebühr. Deshalb müssen wir ihnen Hürden wie diese aus dem Weg räumen.“

> Antrag: Kostenheranziehung von jungen Menschen in der Jugendhilfe deutlich reduzieren!
bit.ly/kostenheranziehung

VERBESSERUNGEN BEIM LANDESMINDESTLOHN BESCHLOSSEN

Die Bürgerschaft hat Änderungen des Landesmindestlohngesetzes beschlossen. So soll künftig jedes Jahr die Höhe des Mindestlohns festgesetzt werden. Bislang erfolgte dies alle zwei Jahre. Zudem ist im Gesetz nun das Ziel definiert, dass die Höhe des Mindestlohns auch für eine ausreichende Rente nach dem Arbeitsleben reicht.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani, hebt dabei insbesondere vier Punkte hervor, die aus ihrer Sicht bei der Anhebung des Mindestlohns im vergangenen Jahr und bei der nun beschlossenen Gesetzesänderung wichtig sind. „Menschen, die in Vollzeit arbeiten, müssen auch von ihrem Einkommen leben können. Darum sind wir froh, dass Bremen mit dem Landesmindestlohngesetz ein deutliches Zeichen gegen Niedrig- und Armutslöhne gesetzt hat“, sagt die Sozialdemokratin.



Jasmina Heritani

Zweitens müsse der Mindestlohn regelmäßig angepasst werden – und das Gesetz sehe nun vor, dass der Senat jedes Jahr auf Empfehlung der Landesmindestlohnkommission darüber entscheiden soll. „Das ist aus unserer Sicht wichtig, denn nur durch eine jährliche Überprüfung der maßgeblichen Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie von Preissteigerungen können sowohl die Entwicklung der Lebenshaltungs- und Wohnkosten, als

auch Tarifentwicklungen einfließen. Somit ist mehr Flexibilität gewährleistet“, sagt Heritani und nennt als dritten Punkt, dass der Landesmindestlohn nun schrittweise auch die Existenzsicherung in der Rente garantieren solle, damit die Menschen auch dann ohne ergänzende Sozialleistungen auskommen.

Heritani: „Mit dem Landesmindestlohngesetz wollen wir auch als Vorbild und Orientierung dienen. Einerseits für Bremer Unternehmen, denen wir mit der jährlichen Mindestlohnanpassung eine Orientierung dafür geben, was eine angemessene, minimale Bezahlung unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen ist. Andererseits wollen wir mit der Anhebung des Landesmindestlohns erneut Vorreiter für den Bund sein, denn: Überall in Deutschland müssen die Löhne zum Leben ohne staatliche Hilfe reichen.“

GEMEINSAMES KONZEPT FÜR TEILHABE UND DIVERSITY

Der Senat soll ein „Rahmenkonzept für gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen und dazu die bereits bestehenden Integrationskonzepte zusammenführen. Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen.

Der Senat ist dazu angehalten, unter Beteiligung des Rates für Integration, migrantischer Selbstorganisationen und der Öffentlichkeit, die bisherigen Leitlinien des „Entwicklungsplans Partizipation und Integration“ und das Integrations-



Valentina Tuchel

konzept „In Bremen zu Hause“ zusammenzuführen und die „Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen“ für alle Menschen mit Migrationsgeschichte unabhängig vom Aufenthaltstitel weiterzuentwickeln.

Für die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tuchel, ist dies ein notwendiger und richtiger Schritt. Denn das Thema Migration drehe sich nicht nur um Geflüchtete, sondern umfasse eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen. „Es geht um diejenigen, die erst seit kurzer Zeit hier sind. Und es geht genauso um die, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Oder jene, die in Deutschland geboren sind und das Herkunftsland ihrer Eltern nur aus den Ferien kennen“, erklärte sie. „Und ich habe manchmal das Gefühl, dass die nötige Differenzierung fehlt.“

Deswegen müsse ein strategisches Rahmenkonzept neu entwickelt werden. „Es geht bei Integration nicht nur um Sprachkurse. Es geht um Ankommen in unserer Gesellschaft. Ankommen muss man aber auch zulassen. In diesem Sinne braucht Integrationspolitik einen Paradigmenwechsel. Und dazu müssen wir alle an den Strukturen arbeiten. Fördermaßnahmen sind weiter sinnvoll, reichen aber allein nicht aus“, sagt Tuchel. „Es geht um einen gemeinsamen Weg für unser Land. Um eine Idee, unterschiedliche Vorstellungen vom Leben zuzulassen, anzunehmen und sich zu öffnen. All dies gilt es, in einem Konzept zusammenzubinden.“

> Antrag: „Rahmenkonzept für gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen!

bit.ly/rahmenkonzept_diversity

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN: MENTORING-PROGRAMM FÜR FRAUEN



Mentees und Mentorinnen bei der Auftaktveranstaltung Ende Februar

Frauen, macht Politik! Unter diesem Motto haben die weiblichen Abgeordneten der SPD-Fraktion politisch interessierte Frauen eingeladen, sie während ihres politischen Alltags zu begleiten und ihnen über die Schulter zu schauen. Denn eines ist klar: Die SPD setzt sich dafür ein, dass es noch mehr starke Frauen in der Politik gibt.

Anlässlich der Auftaktveranstaltung machte Gönül Bredehorst, gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, deutlich: „Der mehr als 100-jährige Kampf der Frauen für Gleichberechtigung ist noch lange nicht zu Ende.“ Zwar könne die Bremer SPD zu Recht stolz darauf sein, mit einer Frauenquote von 48 Prozent den ersten Platz im Vergleich der Bremer Fraktionen

einzunehmen. „Dennoch sollten mehr Frauen ihren politischen Einfluss geltend machen“, so Bredehorst.

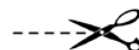
Zwei Wochen lang konnten die 17 Mentees deswegen „ihre“ Abgeordnete begleiten, einen Blick hinter die Kulissen werfen und Fragen stellen. Dazu gehörte auch, die Parlamentarierinnen zu Deputationen,



Vorbesprechungen und Zielgruppengesprächen zu begleiten.

Gönül Bredehorsts Fazit fiel äußerst positiv aus: „In diesem Jahr waren tolle, engagierte Frauen dabei, die auch unsere Arbeit als Parlamentarierinnen bereichert haben.“ Teilnehmerin Heike Kretschmann zeigte sich gleichsam begeistert: „Von Frauen für Frauen: Das Mentoring-Programm – ein tolles Angebot, um Netzwerke zu knüpfen, Interessen zu vertreten und Politik zu gestalten.“

Das Mentoring-Programm wird im Jahr 2021 zwischen Februar und März stattfinden. Willkommen sind alle Frauen, die Politik kennenlernen möchten. Die Teilnahme ist kostenfrei.



SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
LAND BREMEN

FRAKTION FREI HAUS!

UNSERE POLITIK IM ABO

IHRE / EURE ANGABEN:

ROTHEUTE

Magazin der SPD-Fraktion
Erscheinungsweise: vier Mal jährlich

per E-Mail (PDF)

☐

per Post

☐

FRAKTIONSVERANSTALTUNGEN

Einladungen zu Veranstaltungen

☐
☐

PARLAMENTSTICKER

Aktuelle Infos aus dem Parlament
Erscheinungsweise: drei Mal monatlich

☐

PRESSEMITTEILUNGEN

Aktuelle Infos der SPD-Fraktion

☐

IHRE / EURE ADRESSE*:

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Die ausgefüllte
Bestellung...

... bitte per Post an:

SPD-Fraktion Bremen
Wachtstraße 27/29
28195 Bremen

... oder per Fax an:

0421/32 11 20

... oder per Mail an:

spd-fraktion@
spd-bremen.de





ICH BIN DER MEINUNG, DASS...



...wir mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und bei der Stadtentwicklung demokratisch Einfluss nehmen müssen!

Falk Wagner,
Sprecher für Bau und Stadtentwicklung

WICHTIGE BAUSTEINE FÜR STADTENTWICKLUNG UND BEZAHLBARES WOHNEN

Mehr bezahlbarer Wohnraum, insgesamt 10.000 zusätzliche Wohneinheiten, eine höhere Sozialbauquote und mehr Mitspracherecht für Bremen bei zwei zentralen Stadtentwicklungsprojekten: Bremen und die Bürgerschaft haben jüngst große baupolitische Schritte unternommen. Der Senat fasste entsprechende Beschlüsse und das Parlament sicherte Bremen ein Vorkaufsrecht für die ehemaligen Areale von Hachéz sowie von Könecke und Coca Cola.

„Diese Maßnahmen sind zentrale, sozialdemokratische Anliegen und auch deshalb wesentlicher Bestandteil des Koalitionsvertrags – und sie werden ein wichtiger Baustein für die Zukunft Bremens sein“, sagt Falk Wagner, Sprecher für Bau und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion.

„So ist die Steigerung der Sozialwohnungsquote auf 30 Prozent ein wichtiges Signal für viele Bremerinnen und Bremer, die derzeit händeringend nach einer Wohnung suchen“, führt der Sozialdemokrat aus. Oft werde übersehen, dass die sogenannten B-Schein-Wohnungen nicht nur etwas für Geringverdiener*innen seien. „Deshalb geht es uns um die erwerbstätige Alleinerziehende, die Rentnerin oder die Familie, die Nachwuchs bekommt – alle sollen sich Wohnen in Stadtteilen wie Findorff weiter leisten können. Für sie schaffen wir mit der Erhöhung der Sozialquote mehr bezahlbare Wohnungen.“ Eine fünfköpfige Familie könne so etwa bis zu einem Jahreseinkommen von 73.686 Euro Anspruch auf eine geförderte Neubauwohnung erheben.

Zudem soll das Bauressort noch in diesem Jahr eine Überarbeitung der Eigentumsförderung, eine Genossenschaftsförderung sowie ein Impulsprogramm für Wohnbauflächen für 10.000 Wohneinheiten

vorlegen. „Deshalb haben wir auch bezahlbare Wohnungen oberhalb der Sozialwohnungsmiete, also das mittlere Segment, im Blick“, betont Wagner. „Daher unterstützen wir GEWOBA, STÄWOG und BREBAU bei der Umsetzung entsprechender Pilotprojekte.“ Durch verstärkte Förderung von Eigentumserwerb in wirtschaftlich schwächeren Stadtteilen und eine nach Stadtteilen differenzierte Sozialquote könne Arm und Reich in der Stadt näher zueinander gebracht werden. „Auf den Punkt gebracht wollen wir mehr Sozialwohnungen für das Ostertor und mehr Reihenhäuser für Gröpelingen“, erklärt Wagner.

Und das ist nicht alles. Bremen hat sich Einfluss auf die weitere Entwicklung in Hemelingen und in der Neustadt gesichert. Die Bürgerschaft beschloss ein Vorkaufsrecht für die ehemaligen Areale von Könecke und Coca Cola sowie von Hachéz. „Hier geht es um zentrale Flächen in Hemelingen und der Neustadt, sie sind von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der beiden Stadtteile“, sagt Wagner. „Über die beiden Vorkaufsrechte sichert sich Bremen einen Einfluss auf die weitere Entwicklung. Das ist richtig so, denn es sind historische Chancen, die sich nur alle paar Jahrzehnte ergeben. Und diese Chancen sollten wir für Hemelingen und die Neustadt nutzen.“

